

Kritik aus den eigenen Reihen

Gemeindepräsident Hintermann

Reinach. SP-Politiker des Reinacher Lokalparlaments kritisieren ihren Gemeindepräsidenten und Parteikollegen Urs Hintermann scharf. Einwohnererrat Erwin Frei etwa protestiert besonders heftig und nennt das System Hintermann «diktatorisch».

Grund für die herbe Kritik sind Vorfälle im Asylheim Reinach, welche die BaZ publik gemacht hat. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Hintermann soll die Missstände vertuscht haben und ging gegen Mitarbeitende vor, die diese gemeldet haben. Unter ihnen ist eine SP-Einwohnerrätin. jho **Seite 24**

SP kritisiert «diktatorische Verhältnisse»

BaZ 2.5.17

Einwohnerräte greifen SP-Gemeindepräsident Hintermann und Gemeindeglieder wegen Vorfällen im Asylheim an

Von Joël Hoffmann

Reinach. Am Samstag machte die BaZ mehrere Vorfälle im Asylheim Reinach publik, welche durch Gemeindepräsident Urs Hintermann und seine Kader vertuscht werden sollten. Dabei ging Hintermann unter anderem repressiv gegen eine langjährige Mitarbeiterin vor, welche die Missstände beobachtet und dokumentiert hat. Recherchen der BaZ zeigen nun, dass die Vorfälle und der Umgang des SP-Gemeindepräsidenten mit diesen zum Streit mit seiner eigenen Partei führte.

Gemäss Unterlagen, die der BaZ aber auch der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) vorliegen, handelt es sich bei der von Hintermann gemobbten Mitarbeiterin F.E. um Fari-deh Eghbali. Sie arbeitet nicht nur bereits seit 20 Jahren im Asylheim, sondern sitzt auch als gewählte Volkstvertreterin für die SP im Einwohnerrat Reinach. Bei den Vorkommnissen im Asylheim – strafrechtliche Untersuchungen laufen und für alle Beteiligten gilt die

Unschuldsumsetzung – ist die Rede von einem Verhältnis einer Betreuerin mit einem minderjährigen Asylsuchenden, sexuellen Übergriffen einer Nachtwache an minderjährigen Asylsuchenden, Drogenkonsum einer Nachtwache, Sex zwischen einer Nachtwache und einer Bewohnerin im Frauenschlafraum sowie häusliche Gewalt gegenüber einer Fünfjährigen durch einen Bewohner.

Weil die Gemeindeverantwortlichen den Missständen nicht nachgingen, schrieb Eghbali in einem Brief an Hintermann: «Ich bin nicht bereit (...) wegzuschauen, wenn Missstände unter den Teppich gekehrt werden, oder still zu bleiben, wenn zuständige Behörden nicht informiert werden.» Als Schweizerin seien das nicht die Werte, die sie den «Klienten» vermitteln wolle und «als gewählte Einwohnerrätin denke ich nicht, dass das dies die Art von Leitung ist, die die Bürger von Reinach für ihr Asylzentrum wollen».

Nach dem Brief der Betreuerin und Einwohnerrätin wollte Hintermann die aufsässige Frau mit einer «Auf-

lösungsvereinbarung» loswerden: Sie bekomme ein halbes Jahresgehalt, wenn sie über die Vorfälle schweige und per sofort gehe. Weil sie dies jedoch nicht akzeptierte, wurde sie verwarnt. In dieser Verwarnung, über welche die BaZ am Samstag berichtete, wird deutlich: Wenn Eghbali den Anweisungen der Chefs nicht folgt, wird sie entlassen.

Repression gegen Einwohnerrätin

Offenbar liegen der GRPK nun mehrere Protestschreiben von SP-Politikern vor, welche Hintermanns Machenschaften und die seiner Verwaltungskader anprangern. Die BaZ ist im Besitz eines siebenseitigen Briefes von SP-Einwohnerrat Erwin Frei, der auch als Anwalt seiner Einwohnerratskollegin Eghbali amtiert. Das Schreiben vom 4. April ist an die GRPK adressiert. Offiziell wurde Eghbali bestraft, weil sie sich den Entscheidungen der Vorgesetzten widersetze und angeblich nicht belegte Anschuldigungen gegen Vorgesetzte und Drittpersonen geäußert haben soll. Frei entgegnet, dass der erste Vorwurf «auf

dem bequemen Standpunkt» beruhe, wonach der Vorgesetzte immer recht habe, einerlei, ob dessen Entscheidung richtig war oder nicht. Zudem sei der Vorwurf falsch, dass Eghbali die Vorfälle nicht belegen könne. Neben den Bestätigungen der Baselbieter Staatsanwaltschaft und existierenden Aktennotizen, betont Frei, die Gemeinde habe die genannten Zeugen nie befragt. Statt die Vorfälle abklären zu lassen, überwache und schikaniere man nun die langjährige Mitarbeiterin.

Die genannten Vorfälle und der Umgang Hintermanns mit Parteikollegin Eghbali führen Frei zu Feststellungen, die «über den Einzelfall hinaus von grundsätzlicher Wichtigkeit» seien: «Diktatorische und persönlichkeitsverletzende Arbeitsverhältnisse dürfen in der Gemeindeverwaltung Reinach nicht geduldet werden», schreibt er.

Hintermanns Parteikollege Frei macht den Gemeindepräsidenten für «diktatorische Verhältnisse» verantwortlich. Hintermann hingegen ist sich keines Fehlverhaltens bewusst. Der BaZ

teilte er letzte Woche mit: «Die genannten – angeblichen – Vorfälle in der Asylunterkunft sind uns bekannt. Wir haben jeweils sofort nach deren Meldung untersucht, ob und was vorgefallen sein könnte, und, sofern notwendig, angemessen darauf reagiert. Zudem haben wir das Schreiben, in dem die angeblichen Vorfälle festgehalten sind, unverzüglich der Staatsanwaltschaft weitergeleitet», behauptet er. Auf die Anfrage der BaZ wegen von ihm abgesegneten und lancierten Repressionen gegen pflichtbewusste Mitarbeitende ging Hintermann letzte Woche nicht ein. Einwohnerrätin Eghbali ihrerseits verwies auf Hintermann, der allein Auskunft geben dürfe.

SP-Einwohnerrat und Anwalt Frei fordert von der GRPK, dass sie sich einerseits dafür einsetzt, dass die «Persönlichkeiten der Mitarbeitenden geachtet und nicht verletzt» werden. Und andererseits, dass «im Asylbereich auf Vorfälle, bei denen ein Eingreifen angezeigt ist, nicht mit Bagatellisieren oder sogar Vertuschen, sondern mit adäquaten Massnahmen reagiert wird».